

## Bericht an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

---

Bericht der: Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission

vom: 19. November 2008

zur Vorlage Nr.: [2008-178](#)

Titel: **Situation und Entwicklung des Wirtschaftsstandortes  
Kanton Basel-Landschaft**

Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

---

Links:

- [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
- [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
- [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
- [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)

---



---

## **Bericht der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission an den Landrat betreffend Situation und Entwicklung des Wirtschaftsstandortes Kanton Basel-Landschaft**

Vom 19. November 2008

### **1. Ausgangslage**

Der Regierungsrat erstattet dem Landrat periodisch, in der Regel alle drei Jahre, Bericht über die wirtschaftliche und konjunkturelle Lage im Kanton Baselland. Gegenüber den Vorjahren, stützt sich der vorliegende Bericht nicht auf eigene Erhebungen, Umfragen und Statistiken des Kantons, sondern basiert auf einer bestehenden Studie der volkswirtschaftlichen Abteilung Economic Research der Credit Suisse, die um einen kantonsspezifischen Teil mit entsprechendem Kommentar ergänzt wurde.

Ziel des Wirtschaftsberichts des Regierungsrates ist es, dem Landrat fundierte Aussagen zur volkswirtschaftlichen Entwicklung des Kantons Baselland und seiner Teilräume als wesentliche Entscheidungsgrundlage für die politische Arbeit darlegen zu können.

Die Studie kommt insgesamt zur Schlussfolgerung, dass der Kanton Basel-Landschaft im guten Schweizer Mittel positioniert ist. Bestimmend für die wirtschaftliche Entwicklung des Kantons ist eine enge wirtschaftsräumliche Verflechtung mit den Nachbarkantonen. Intrakantonale existieren aber deutliche Unterschiede. Das untere Baselbiet ist eng an die Entwicklung des städtischen Wirtschaftszentrums gebunden und zeichnet sich unter den drei Wirtschaftsregionen des Kantons über die grösste Dynamik bezüglich Wirtschaftsentwicklung und Standortqualität aus. Das obere Baselbiet eignet sich entlang der Nord-Süd-Transitachse und der damit verbundenen überregionalen Verkehrsanbindung besonders als Standort für Unternehmen, die in einer Ergänzungsfunktion zur internationalen Wirtschaft im Zentrum der Region stehen. Das Laufental weist gegenüber diesen beiden Regionen sowohl in seiner Standortqualität als auch in der wirtschaftlichen Entwicklung ein schwächeres Wachstum aus. Diese regionalen Unterschiede in der wirtschaftlichen Entwicklung wurden in den letzten Jahren weiter verstärkt. Insgesamt wächst die Region bezüglich Wirtschaft und Beschäftigung aber weiterhin wesentlich stärker als der schweizerische Durchschnitt. Auf hohem Niveau verharren auch die Importe und Exporte von Waren in bzw. aus der Region. Potential ortet die Studie noch in der Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur, die weiterhin von den Life Science-Branchen Pharma und Chemie dominiert wird.

Bezüglich Standortqualität fällt der Kanton Baselland mit Stärken im Bildungsbereich und vor allem mit einer güns-

tigen verkehrlichen Erreichbarkeit auf. Verbesserungspotential zeigt sich nach wie vor bei der steuerlichen Attraktivität, insbesondere für juristische Personen und im Vergleich mit den Nachbarkantonen. Der Bericht empfiehlt deshalb ausdrücklich, diesen Bereichen weiterhin Beachtung zu schenken.

Der Regierungsrat betrachtet die kantonale Wirtschaftspolitik heute in erster Linie als Standortpolitik. Die aktive und permanente Pflege aller Standortfaktoren steht deshalb im Vordergrund der umfassenden Standort- bzw. Wirtschaftspolitik mit dem Ziel, die Standortqualität des kantonalen Lebens- und Wirtschaftsraums attraktiv und konkurrenzfähig zu halten.

---

### **2. Zielsetzung der Vorlage**

Der Regierungsrat beabsichtigt die Information der politischen Legislative über die aktuelle Situation und die vorausehbaren Entwicklungstendenzen des Wirtschaftsstandortes Baselland und beantragt die Kenntnisnahme des Berichts. Gleichzeitig soll eine Reihe von wirtschaftspolitischen Vorstössen des Landrats als erfüllt abgeschrieben werden.

---

### **3. Kommissionsberatung**

#### **3.1. Organisation der Beratung**

Der Bericht wurde von der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission an deren Sitzungen vom 3. September 2008, am 20. Oktober 2008 und am 7. November 2008 eingehend behandelt. Die Beratungen wurden begleitet von Regierungsrat Peter Zwick, Generalsekretärin Rosmarie Furrer, René Merz, Leiter Abteilung Volkswirtschaft VGD und Simon Schmid, Wirtschaftsdelegierter VGD.

Am 20. Oktober 2008 führte die Kommission eine umfassende Anhörung von Wirtschaftsexperten, Vertretern der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen, Fachleuten des Bildungsbereichs sowie von Unternehmern aus den

kantonalen Schlüsselbranchen Life Sciences, Banken- und Versicherungen, Logistik und der Energie- und Bauwirtschaft durch. Der Kommission ging es dabei insbesondere darum, in der aktuell wirtschaftlich schwierigen Phase der konjunkturellen Unsicherheiten, ausgelöst durch die weltweite Finanzkrise an den internationalen Märkten und Börsen, möglichst konkret den Puls der regionalen Wirtschaft zu fühlen und die Anliegen und Bedürfnisse der am Standort tätigen Unternehmerinnen und Unternehmer vermittelt zu erhalten. An diesem «Tag der Wirtschaft», zu welchem auch die Mitglieder der landrätlichen Finanzkommission eingeladen waren, standen als Referierende seitens der Wirtschaft namentlich zur Verfügung (in chronologischer Reihenfolge):

- Nationalrat Hans Rudolf Gysin, Direktor Wirtschaftskammer Baselland
- Rainer Füg, Geschäftsführer der Handelskammer beider Basel
- Martin Dätwyler, Leiter Geschäftsbereich Infrastruktur, Verkehr, Raumplanung der Handelskammer beider Basel
- Daniel Münger, Co-Präsident des Gewerkschaftsbund Baselland
- Hans-Peter Wessels, Geschäftsführer Wirtschaftsförderung BS und BL
- Richard Bühler, Direktionspräsident der Fachhochschule Nordwestschweiz
- alt Nationalrat Walter Jermann, Präsident Promotion Laufental
- Max Käsermann, Fachstellenleiter Promotion Laufental
- Erwin Killer, Präsident Verein Pro Waldenburgertal
- Anita Schweizer, Gemeindepräsidentin Hölstein und Vizepräsidentin Verein Pro Waldenburgertal
- Herbert Kumbartzki, CFO und Mitglied der Direktion der Basellandschaftlichen Kantonalbank
- Thomas B. Cueni, Generalsekretär, Geschäftsführer Interpharma
- Urs Steiner, CEO EBL Elektra Baselland
- Peter Stutz, Vizedirektor Planzer Transporte AG

Die Kommission hat die Ergebnisse dieses «Tags der Wirtschaft» in einer weiteren Sitzung analysiert, beraten und in Bezug und Relation zum vorliegenden Wirtschaftsbericht gestellt. Im Anschluss konnte Beschluss über die Vorlage gefasst werden.

### 3.2. Beratung im Einzelnen

#### – Information

Die Kommission liess sich von Regierungsrat Peter Zwick sowie von René Merz, Leiter der Abteilung Volkswirtschaft umfassend über den Inhalt der Studie und die entsprechenden Ableitungen und Kommentare der Regierung informieren. Die Studie ist im Internet unter [www.bl.ch](http://www.bl.ch) als Anhang zur Vorlage 2008/178 abrufbar. Ergänzt wurde die ursprüngliche Vorlage zudem um einen ausführlichen Vergleich des Bezirks Laufen versus der Region Laufental, da insbesondere die Promotion Laufental ihren Bezirk im auf die gesamte Wirtschaftsregion ausgerichteten Bericht der Credit Suisse bzw. der entsprechenden Bewertung durch den Regierungsrat nicht korrekt wiedergegeben sah.

Insgesamt lassen sich die Studienergebnisse wie folgt zusammenfassen:

- Der Kanton Baselland ist im schweizerischen Mittel positioniert
- Bestimmend für die kantonale Wirtschaft ist die Verflechtung mit den Nachbarkantonen, insbesondere Basel-Stadt
- Es bestehen deutliche innerkantonale Unterschiede (unteres Baselbiet gute Standortqualität und Dynamik; oberes Baselbiet gut erschlossen und interessant für Ergänzungsfunktionen der international vernetzten Wirtschaft im Raum Basel; das Laufental bleibt mit weniger Dynamik hinter den anderen zurück, es dominieren wertschöpfungsschwächere Wirtschaftsbereiche)
- Der Kanton Baselland kann einen Beschäftigungsgewinn und substanzielle Unternehmensgründungen verzeichnen.
- Die konjunkturelle Entwicklung liegt über dem schweizerischen Durchschnitt, In- und Exporte befinden sich auf hohem Niveau
- Pharma und Chemie bleiben die massgebenden Wirtschaftsstützen der Region
- Der fortschreitende Strukturwandel verbessert die Wettbewerbsfähigkeit der Region
- Bezüglich Standortqualität zeigt der Kanton Baselland Stärken im Bildungsbereich und in der verkehrsgünstigen Erreichbarkeit. Verbesserungspotential enthält die steuerliche Belastung juristischer Personen

Die Studie analysiert ausführlich und spezifisch bis auf Bezirksebene die demografischen und wirtschaftlichen Indikatoren (Bevölkerung, Arbeitsstätten, Beschäftigte, Wertschöpfung, Haushalteinkommen) im Kanton Baselland und setzt diese in Vergleich zu den umliegenden Wirtschaftsregionen. Auf dieser Grundlage werden die konjunkturelle Entwicklung, die Standortqualität, die Branchenstruktur und die wirtschaftliche Entwicklung sowie die wirtschaftliche Verflechtung der Region in sich und nach aussen bewertet. Aus der daraus gezogenen Schlussfolgerungen ergibt sich eine abschliessende ökonomische Lagebeurteilung der volkswirtschaftlichen und standortbedingten Stärken und Schwächen, aus welcher sich konkrete politische Handlungsfelder für die zukünftige Entwicklung ableiten lassen:

- Eine Diversifizierung der Wirtschaft und eine Stärkung der wertschöpfungsintensiven Branchen des tertiären Sektors
- Der Umgang mit den regional deutlich unterschiedlichen Entwicklungstendenzen
- Die Verbesserung der steuerlichen Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Baselland, insbesondere für juristische Personen und im Vergleich zu den Nachbarkantonen
- Die Sicherung der Stärken des Standortes bezüglich Bildung
- Die Gewährleistung bzw. den Ausbau der verkehrlichen Erreichbarkeit des Standortes

Der Regierungsrat sieht sich aufgrund dieser Situationsanalyse darin bestärkt, dass sich die kantonale Wirtschaftspolitik im Sinne einer ausgeprägten Standortpolitik in erster Linie auf die Gestaltung der Rahmenbedingungen konzentrieren soll, die den Erfolg der ansässigen

Unternehmen und letztendlich des Wirtschaftsstandortes ermöglichen. Das Ziel des Regierungsrates muss dabei sein, die Konkurrenzfähigkeit des Kantons Baselland im inländischen und ausländischen Standortwettbewerb zu stärken, wobei der Bildung, der Steuerpolitik, der Pflege der Schlüsselbranchen, der verkehrstechnischen Erreichbarkeit und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf besonderes Augenmerk geschenkt wird.

#### – **Anhörungen / Tag der Wirtschaft**

##### a) *Nationalrat Hans Rudolf Gysin, Direktor Wirtschaftskammer Baselland:*

Das Baselbiet hat sich in der jüngsten Vergangenheit erfreulich entwickelt, sowohl in Bezug auf die Bevölkerung als auch auf die Wirtschaft. Den Ausführungen des Regierungsrates kann Hans Rudolf Gysin grundsätzlich zustimmen. Das gewählte Vorgehen, dass der Bericht auf einer bestehenden externen Studie basiert und durch einen kantonsspezifischen Ergänzungsbericht/Kommentar ergänzt ist, scheint ihm sinnvoll. Die Standortanalyse bescheinigt dem Baselbiet insgesamt eine durchschnittliche Standortqualität mit überdurchschnittlichen Werten bezüglich der verkehrsmässigen Erreichbarkeit, dem Ausbildungsniveau der Bevölkerung, dem Haushalteinkommen und der Dynamik bei Neugründungen von Unternehmen. Nicht gut steht unser Kanton im Steuerbereich da. Bei der steuerlichen Attraktivität für natürliche Personen hat sich das Baselbiet in jüngster Zeit zwar etwas verbessert, liegt aber immer noch nur im schweizerischen Mittelfeld und fällt gegenüber der vergleichbaren Nachbarkantone nach wie vor ab. Bei den Unternehmenssteuern ist die Lage im Vergleich zu anderen Kantonen nach wie vor verbesserungswürdig. Es gilt hier im Auge zu behalten, dass die Welt vernetzter und die Menschen viel mobiler geworden sind. Dies gilt auch für die Firmen. Unternehmen wandern dorthin, wo die Rahmenbedingungen stimmen und wo sie geeignete Arbeitskräfte finden. Der Wettbewerb der Standorte ist sehr intensiv. Die Steuern spielten dabei eine ganz wichtige Rolle. Der Bericht spreche eine deutliche Sprache und Hans Rudolf Gysin ist dezidiert der Auffassung, dass Mittelmass hier nicht reicht. Die Chemie- und Pharma-Lastigkeit - jeder zweite Franken in der Region wird dank dieses Wirtschaftszweigss verdient - ist zwar erfreulich, birgt aber auch Risiken. Als positiv bewertet Hans Rudolf Gysin, dass die beiden grossen Pharma-Unternehmen im Begriff sind, in Basel-Stadt jetzt und in den nächsten Jahren je mehr als eine Milliarde Franken zu investieren. Er wünscht sich aber auch aktivere Bestrebungen der kantonalen Behörden, dass ein Teil dieser Investitionen im Baselbiet getätigt wird. Wichtige Ansatzpunkte für die künftige wirtschaftliche Entwicklung sieht er in einem stufengerechten Agieren statt Reagieren der zuständigen Behörden, dort wo der Kanton die Rahmenbedingen steuern und beeinflussen kann. Konkreten Handlungsspielraum sieht er in der KMU-Entlastung von schikanösen Regulierungen, aufwändigen und oft unsinnigen behördlichen Massnahmen, damit die Unternehmen mehr Zeit für ihr Kerngeschäft gewinnen. Wert legt er auch auf die KMU-Verträglichkeitsprüfung neuer Gesetze und Verordnungen. Langsam sei ein diesbezügliches Umdenken in der kantonalen Verwaltung spürbar, nachdem nach einer gewissen Anlaufzeit auch das KMU-Forum ins Rollen

gekommen ist. Bezüglich der Mobilität ernte man die Früchte erst nach getätigten Investitionen. Für die Zukunft gelte es auch hier rechtzeitig nachzulegen, in besonderem Masse bei der Verkehrsinfrastruktur. Eine wichtige Rolle würden darüber hinaus die urbanen Unternehmensdienstleistungen und die Diversität des Kultur-, des Freizeit- sowie des Bildungsangebotes spielen. Dies seien entscheidende «Soft»-Faktoren bei der Rekrutierung von hochqualifizierten Mitarbeitenden und besonders wichtige Punkte für die Grossunternehmungen in der Region. Wenn also die Wirtschaftsregion wachsen solle, so müssten die Schwachstellen im Verkehrssystem behoben werden, als konkretes Problem für die regionale KMU-Wirtschaft ortet er die «Parkraumbewirtschaftung» in Stadt und Agglomeration. Er fordert von der Baselbieter Regierung, Verhandlungen mit den Nachbarkantonen auf der Basis der Reziprozität aufzunehmen. Einen weiteren Schwerpunkt der kantonalen Standortpolitik sieht er in der Bildung, wo das duale bzw. triale Bildungssystem zu stärken sei. Er betont, dass das Baselbiet heute einen partnerschaftlichen Beitrag an die Universität leiste und stört sich deshalb an der Haltung der basel-städtischen Exponenten, wenn es um die weitere Entwicklung der Universität und deren Standorte geht. Es könne nicht angehen, dass das Baselbiet dabei übergangen werde. Ein Uni-Campus müsse ganz sicher nicht zwingend an einem Ort zentralisiert werden; denkbar ist auch eine räumliche Verdichtung an verschiedenen, physisch gut vernetzten Orten. Die Universität sei gut beraten, Standorte im Baselbiet mit zu berücksichtigen. Auch verlange er, dass Basel-Stadt mehr unternehme, damit Baselland als Hochschulkanton anerkannt werde. Gleiches gelte für die Fachhochschule, der Fachhochschul-Campus Muttenz sei zu realisieren. Im Bereich der Berufsbildung sei die Zusammenarbeit zwischen Kanton und Wirtschaft hervorragend. Allerdings stiegen die Herausforderungen auch bei der Lehrlingsausbildung stetig. Vor diesem Hintergrund blieben die Angebote der Lehrstellenförderung, der Berufschau oder auch der koordinierten Ausbildungsverbunde unverzichtbar. In der sich öffnenden Wirtschaftswelt sei es schliesslich wichtig, dass die Schweizer Unternehmen nicht aussen vor stehen. Beim Vollzug des Entsendegesetzes und dem Vollzug des Gesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit hätten die Baselbieter Sozialpartner der Bauwirtschaft die Vollzugseinrichtungen geschaffen, um in Zusammenarbeit mit den zuständigen kantonalen Behörden den Vollzug dieser Gesetze im Kanton Baselland professionell sicherstellen. Solche Massnahmen und Projekte seien es, welche unseren KMU erlauben, auch in Zukunft auf einem hohen Niveau zu wirtschaften. Auf konkrete Anfrage hin beurteilt Hans Rudolf Gysin die künftige Kreditvergabe an KMU angesichts der internationalen Finanzkrise als nationales Handlungsfeld, wobei der Bund die richtigen Massnahmen eingeleitet habe. Auch bezüglich der steigenden Strompreise sieht er den Handlungsspielraum eher auf eidgenössischer Ebene, wobei er dem Regierungsrat empfiehlt, die kantonalen Stromversorgungsunternehmen an ihre Kernaufgaben zu erinnern. Konkret kritisiert er die Konkurrenzierung von regionalen KMU durch Quersubventionierungen innerhalb der Stromverteilergesellschaften.

b) *Rainer Füeg, Geschäftsführer und Martin Dättwyler, Leiter Infrastruktur, Verkehr und Raumplanung der Handelskammer beider Basel*

Rainer Füeg bemerkt einleitend, der heutige Zeitpunkt sei spannend für eine Stellungnahme. Jedoch muss auch beachtet werden, dass die Medien seit einem Jahr Rezessionsstimmung verbreiten, die reale Wirtschaft aber wesentlich besser läuft. Die Standortanalyse biete eine gute Basis für die Beurteilung der Situation, ihren Aussagen und Befunden könne weitestgehend gefolgt werden. Sie basiere allerdings auf den Daten der Betriebszählung 2005 und sei angesichts der Kleinräumigkeit der analysierten Gebiete in der Systematik und Analyse nicht immer relevant. Die Wirtschaft entwickle sich zudem primär dort, wie sich ihr Markt entwickelt (z.B. was gewerbliche Leistungen betrifft), oder wo andere Standortfaktoren günstig sind (Infrastrukturbindung, Verfügbarkeit von Arealen). Eine homogene Entwicklung in allen Teilräumen sei weder realistisch noch eine sinnvolle politische Forderung. Den Kernaussagen bezüglich Wirtschaftspolitik als Standortpolitik könne vollumfänglich zugestimmt werden, insbesondere der Absage an eine hektische Struktur- und Konjunkturpolitik und dem Bekenntnis zu einer Ausgabenpolitik, welche sich an den Einnahmen orientiert. Auch die Standortqualität des Kantons beruhe im Wesentlichen auf den schweizerischen Rahmenbedingungen, der Lage in Europa und der Qualität der Arbeitsmarktregelungen. Einer der zentralen Erfolgsfaktoren für die Region ist die Personenfreizügigkeit mit der EU. Der offene und gleichzeitig flexible Arbeitsmarkt sei einer der wichtigsten Standortfaktoren der Region und müsse gegen alle Angriffe verteidigt werden. Die Standortfaktoren müssten insgesamt international konkurrenzfähig bleiben. Das Baselbiet und die Nordwestschweiz müssen sich nicht nur mit Zürich oder dem Bassin Lémanique messen, sondern mit vielen anderen hoch entwickelten Wirtschaftsstandorten in Europa und Übersee. Aufbau und Betrieb von Netzwerken und Kooperationen sollten primär der Wirtschaft und ihren Organisationen selbst überlassen bleiben und vom Staat nur subsidiär unterstützt werden. Bei der Förderung von Wertschöpfungssystemen und Clustern hat der Life Sciences Sektor zweifellos Vorrang. Andere Cluster wie etwa der Logistikbereich oder der MEM-Bereich dürften daneben nicht vergessen werden. Es gehe dabei weniger um die Identifizierung (die Cluster sind hinreichend bekannt), als vielmehr um deren Förderung durch Schaffung entsprechender Rahmenbedingungen. Eine Verstärkung der Netzwerke muss vor allem auch eine Verstärkung der Lobbyarbeit in nationalen Gremien und in der nationalen Politik bedeuten, wo die Region nach wie vor gegenüber anderen Regionen abfällt (Bsp. Patentschutz). Bezüglich Stärkung der Innovationsprozesse seien primär die Hochschulen zu verpflichten, den Wissens- und Technologietransfer in die Wirtschaft aktiv zu betreiben, und den Transfer nicht in erster Linie als zusätzliche Finanzierungsquelle zu sehen. Die Erhaltung einer möglichst ausgewogenen Branchendiversifikation sei ein sehr heikles Ziel. Es könne nicht Aufgabe des Staates sein, Strukturhaltung zu betreiben, sondern der Staat müsse einen möglichst breiten Rahmen abstecken, innerhalb dessen sich unterschiedliche Branchen gut entwickeln könnten. Das gelte beispielsweise auch für die Raumplanung, wo der Rahmen für die Wirtschaftsflächen nicht zu eng definiert werden dürfe. Der Kanton habe somit bei Standortfaktoren mit regionaler Auswirkung eine Füh-

rungsrolle wahrzunehmen. Die Möglichkeiten zur Schaffung administrativer Entlastungen seien intensiv zu nutzen und müssten sich auch auf den Vollzug von Bundesaufgaben beziehen (Mehrwertsteuer, etc.). Zudem sollten auch Abgaben und Gebühren reduziert werden. Gebühren hätten sich an den effektiven Kosten zu orientieren, und zwar im Sinne von «best practice», also den geringst möglichen Kosten. In den meisten jüngsten Studien seien die grössten Defizite des Kantons Baselland bei der Steuerbelastung festgestellt worden. Das Baselbiet müsse sowohl bei den Steuern für natürliche Personen als auch bei jenen für juristische Personen unter den Schweizer Durchschnitt gelangen. Das Bildungssystem bleibe mindestens so wichtig wie eine hochstehende universitäre Ausbildung zur die Sicherstellung eines gut qualifizierten beruflichen Nachwuchses. Die Förderung der dualen Berufsbildung sei für die Qualität unseres Wirtschaftsraums essentiell und komme in den Zielsetzungen der Regierung zu wenig zum Ausdruck.

c) *Daniel Münger, Co-Präsident des Gewerkschaftsbundes Baselland*

Für Daniel Münger bestätigt der Bericht der Regierung über den Wirtschaftsstandort Baselland die bekannten Trends und Facts. Der Gewerkschaftsbund sieht die Konklusionen aber nicht prioritär in der Steuerpolitik, die Prioritäten sollten anders gesetzt werden. Bei der Fokussierung auf den Kanton Baselland sollte beachtet werden, dass die Grenzen nur auf dem Papier bestehen und die Wirtschaft nicht an diesen Grenzen aufhöre. Die Wirtschaftslage und die Beschäftigungssituation im Kanton sei stabil, die Arbeitslosigkeit liege unter dem Schweizer Durchschnitt, was wichtig sei. Der Strukturwandel sei nicht aufhaltbar. Die traditionelle Industrie und die Chemiebranche hätten Mühe, der Pharma-Bereich boome, der Dienstleistungsbereich nehme zu. Der Produktionsbereich sei am sinken, jedoch im produzierenden Gewerbe zunehmend. Die Logistik bilde einen Schwerpunkt und der damit verbundene Verkehr müsse geordnet durch den Durchgangskanton Basel-Landschaft fließen. Hier sei Einflussnahme in Bern gefragt. Die Auswirkungen der Finanzkrise sind für ihn noch nicht abschätzbar. Es werde wohl nicht völlig ohne staatliche Intervention gehen. Dieser Aspekt müsse auch bei Diskussionen um Steuersenkungen mitbedacht werden, ansonsten wären solche Interventionen gar nicht mehr möglich. Der Leerwohnungsbestand liege weit unter dem schweizerischen Mittel; es bestehe Nachholbedarf, insbesondere im unteren Preissegment. Dieser Umstand biete in konjunkturschwachen Zeiten Chancen und Möglichkeiten für Interventionen seitens der Regierung. Im Baselbiet sei damit weiterhin Wirtschafts- und Wachstumspotential vorhanden. Die demografische Veränderung biete Chancen für neue und andere Tätigkeiten, insbesondere im Sozial- und Gesundheitsbereich. Wichtig ist auch Daniel Münger die Bildung: Es solle nicht nur auf die Universität fokussiert werden, es brauche eine gute Volksschule, die Berufslehre müsse wieder stark gestützt und die Möglichkeiten für einen zweiten Bildungsweg geschaffen werden, insbesondere auch in finanzieller Hinsicht. Die gewerbliche Struktur müsse in Zukunft weiter gestützt werden. Es brauche möglichst wenig Intervention bei einer florierenden Wirtschaft, bei einer Stagnation solle aber eingegriffen und die Wirtschaft mittels konjunkturpolitischer Programme angeschoben werden. In der

Siedlungspolitik sollten Prioritäten gesetzt werden, insbesondere durch Zusammenarbeit mit den Bezirken. Ein zentraler Punkt bleibt der öffentliche Verkehr. Dieser müsse weiter ausgebaut und verbessert werden. Die Zusammenarbeit mit anderen Kantonen und dem Elsass sowie dem Südbadischen Raum könne noch intensiviert werden. Jedoch ohne das Vorortprinzip zu verletzen, es müssten gute und faire Arbeitsbedingungen für alle gelten.

d) *Hans-Peter Wessels, Geschäftsführer der Wirtschaftsförderung Basel-Stadt und Baselland*

Hans-Peter Wessels betont die Bedeutung und Stärke des Standorts Basel auf die Life Sciences, die in der Region unglaublich stark seien. Zwei der fünf weltweit grössten und erfolgreichsten Pharmaunternehmen sind hier entstanden, haben hier ihr Hauptquartier und ihren grössten Standort. Übersetzt in den Logistikkbereich entsprechen diese Dimension den Häfen von Yokohama, Dubai und Hamburg sowie den sieben grössten Flughäfen der Welt zusammen. Dieser Aspekt müsse bei der Promotion in den Vordergrund gestellt werden. Jedoch dürfe man sich nicht nur auf die Life Sciences fokussieren, sondern die anderen Bereiche müssten ebenfalls berücksichtigt werden. So gebe es auch Branchen, die von ihrer Grösse her ebenfalls als Cluster bezeichnet werden könnten, so etwa die Logistik, die klassische Chemie oder die Nanotechnologie. Es wäre lohnenswert, sich aktiv dafür einzusetzen. Die Einrichtung eines Inkubators zur Förderung von Spin-offs sei hier sehr wichtig. Der wichtigste Aspekt für die Standortwahl eines Unternehmens sei zuletzt meistens, ob ein entsprechendes Areal, also eine Immobilie und Infrastruktur bereits zur Verfügung stehe. Bei der Standortwahl gebe es oft mehrere betroffene Gemeinden oder Landeigner mit verschiedenen Interessen. In diesen Fällen hat die Politik eine Art Mediationsfunktion. Mit guter Raumplanung und Gesprächsführung mit den involvierten Akteuren habe die Politik eine wichtige Funktion inne. Eine viel diskutierte Idee sei ein Chemiepark: Dies sei in Deutschland bereits realisiert worden. Areale, auf denen früher Chemiekonzerne tätig waren, bieten viel Infrastruktur, Dienstleistungen könnten so von kleinen Firmen in Anspruch genommen werden, was Start-Ups für kleine Unternehmen ermögliche. Potentielle Investoren interessierten sich oft auch für die Gesundheitsversorgung. Dies bilde einen wichtigen Faktor neben «weichen Faktoren» wie Sicherheit, Lebensqualität oder kulturelles Angebot. Im Ausland trete die Wirtschaftsförderung nicht als Region Basel, sondern meist als Standort Schweiz unter der Führung des Bundes auf. Dieser verhalte sich in dieser Aufgabe jedoch sehr zurückhaltend, was zu grossen Zusammenschlüssen von Kantonen geführt habe, die bei der internationalen Standortpromotion zusammenspannen wie z.B. die Greater Zurich Area (Zusammenschluss von sieben Kantonen rund um Zürich). Diese Organisationen würden sogar eigene Repräsentantennetzwerke im Ausland besitzen, die dort für die jeweiligen Standorte werben. Weil die lokalen Organisationen zum Teil nicht am gleichen Strick ziehen, vertrate die Wirtschaftsförderung BS und BL die Haltung, dass die Standortpromotion auf Bundesebene gestärkt werden solle. Auf Nachfrage bezüglich der Zurverfügungstellung von Arealen plädiert Hans-Peter Wessels für eine Zurückhaltung des Staates, Interventionismus sei nicht angebracht. Viel eher liege die Aufgabe des Staates in der Mediationsfunktion. Dabei sei

es wichtig, dass die zuständigen kantonalen Behörden wüssten, was an Immobilien und Arealen zur Verfügung stehe und was deren Stärken und Schwächen seien. Die Immobiliendatenbank der Wirtschaftsförderung sei dafür ein gutes Instrument.

e) *Richard Bühler, Direktionspräsident der Fachhochschule Nordwestschweiz*

Richard Bühler erläutert einleitend den Auftrag der Fachhochschule in den Bereichen Aus- und Weiterbildung, in der anwendungsorientierten Forschung und Entwicklung sowie den Dienstleistungen für Dritte. Die Fachhochschule Nordwestschweiz habe sich hier zu einem Vorzeigemodell für die Schweiz entwickelt. Bei der Verfügbarkeit hochqualifizierter Arbeitskräfte leiste die Fachhochschule einen wesentlichen Beitrag zur Standortqualität. In Forschung und Entwicklung kooperiert die Fachhochschule direkt mit innovativen Unternehmen, wovon Dozierende wie auch die Wirtschaft gleichermaßen profitieren. Diese Kooperationen sollten weiter verstärkt werden. Ein Commitment zu den Standorten in der Nordwestschweiz sei dabei ebenso wichtig wie nationale und internationale Kooperationen unter den Fachhochschulen. Die Qualität der Produkte sollen auf hohem Niveau nachhaltig sichergestellt werden. Die Effizienz könne weiter gesteigert werden. Eine ausreichende Finanzierung der Fachhochschule durch die Trägerkantone sei weiterhin von zentraler Bedeutung.

f) *Alt Nationalrat Walter Jermann und Max Käsermann, Promotion Laufental*

Als erste Reaktion auf den Wirtschaftsbericht sei man bei der Promotion Laufental erschrocken, dass die Region nur noch eine Wohngegend sein solle und es keinen Platz mehr gäbe für die Industrie. Dass dem nicht so ist, wird anhand der laufenden und abgeschlossenen Projekte der regionalen Wirtschaftsförderung im Laufental dargelegt. Die Anliegen der Promotion Laufental können folgendermassen zusammengefasst werden: Das Laufental soll eine ausgewogene Wirtschafts-, Wohn- und Erholungsregion sein und bleiben. Die Hauptschwäche liege im öffentlichen und privaten Verkehr, weshalb Unterstützung für das Laufental durch den Landrat und die Regierung nötig sei.

g) *Erwin Killer und Anita Schweizer, Verein pro Waldenburgertal*

Die Delegation des Vereins Pro Waldenburgertal legt die Grundlagen und Aktivitäten dar, mit denen als regionale Wirtschaftsförderung die Hausaufgaben vor Ort erfüllt werden. Probleme bereiten dabei die Finanzierung und die Wahrnehmung der Angebote und Dienstleistungen in der Wirtschaft. Diese Bemühungen sollen künftig mit neuen Projekten und gesteigerten personellen Ressourcen verstärkt werden. Konkrete Erwartungen seitens der Wirtschaft im Waldenburgertal an den Kanton bestehen bei den raumplanerischen Steuerungsmöglichkeiten. Hier müssten die Voraussetzungen geschaffen werden, dass sich die Region Waldenburgertal wirtschaftlich weiterentwickeln könne. Sowohl im Richtplan wie auch in der

kommunalen Zonenplanung müssten die Spielräume seitens des Kantons auch auf kommunaler Ebene flexibler und geöffnet werden.

*h) Herbert Kumbartzki, CFO und Mitglied der Direktion der Basellandschaftlichen Kantonalbank*

Herbert Kumbartzki präsentiert eine Einschätzung der aktuellen Situation des Bankenplatzes Schweiz im Allgemeinen und der Basellandschaftlichen Kantonalbank im Speziellen. Primär geht es seiner Ansicht nach darum, die teilweise massiv überschuldeten Bilanzen von Banken und anderen Unternehmen zu entschulden. Derivate hätten in den letzten Jahren riesige Dimensionen angenommen und überstiegen inzwischen den Wert der globalen Weltproduktion um ein Vielfaches. Der aktuellen Krise mit teilweise hoffnungslos überschuldeten Bilanzen sei aber nicht mit kurzfristigen Massnahmen beizukommen. Das Problem werde uns noch über Jahre beschäftigen. Dazu komme, dass man momentan gar nicht mehr wisse, wo welche «faulen» Positionen sich in welchen Depots befänden. Dies erkläre das riesige Misstrauen, das im Finanzmarkt derzeit bestehe. Gleichzeitig sei die Verschuldensquote insbesondere in den USA in bisher ungekannte Höhen gestiegen. Die Sanierung dieser riesigen Verschuldung auf Bankbilanzen sowie Privathaushalten werde zwei bis drei Jahre in Anspruch nehmen. Ausserdem seien davon auch sehr viele Hedge-Fonds betroffen. Durch die Überschuldung müssten diese nun im schlimmsten Moment Positionen abbauen, was die Krise noch verschärfe. Die BLKB stellte nie das Bilanzwachstum in den Vordergrund. Man befinde sich damit heute in einer gesunden Position, setze weiterhin auf Qualität und Kontinuität. Auch wenn man selbst nicht in Schwierigkeiten stecke, werde die Problematik aber auch die BLKB in den nächsten Jahren begleiten und ein schmerzhafter Prozess sein. Ein weiterer Mitverursacher der Krise war, dass in der Bankenwelt die Optimierung des «Return on Equity», also der Eigenkapitalrendite, als «Mantra» galt. Mittlerweile wisse man, dass dies ein Spiel mit dem Feuer darstelle: Je höher die Eigenmittel-Rendite, desto tiefer die Überlebenswahrscheinlichkeit einer Unternehmung. Die BLKB sei in der Vergangenheit oft kritisiert worden, sie besitze eine zu hohe Eigenkapitalbasis, die Eigenkapitalrentabilität, gemessen am internationalen Standard, reiche nicht aus. Es hat sich also gezeigt, dass das Geschäftsmodell der BLKB kein «Schönwetter-Geschäftsmodell» ist, die Eigenkapitalbasis der BLKB kann im Branchenvergleich als ausgezeichnet bezeichnet werden. Die entscheidende Frage in der momentanen Krise lautet: Wie stark ist die Eigenkapitalbasis? Können Schocks mit dem vorhandenen Eigenkapital abgefedert werden? Die BLKB scheint in der Lage zu sein, mit ihrem Polster ihre Zukunft weitergestalten zu können. Entschuldung durch starke Bilanzaufblähung ist kein Thema für die BLKB. Zur Zeit sei auch die Zahlungsbereitschaft ein sehr kritischer Punkt. Auch die BLKB bewege sich im Interbankenmarkt und sei dort ein wichtiger Player. Es wäre vermutlich nicht vermessen zu sagen, dass die Schweizer Kantonalbanken und Regionalbanken europaweit als Stabilisatoren des Systems fungierten. Die meisten Banken haben im Interbankenmarkt den Geldhahn völlig zugekehrt. Die BLKB ist in der glücklichen Lage, keine Bilanzstruktur zu besitzen, die kurzfristig refinanziert wurde. Die BLKB werde momentan am Markt sehr stark wahrgenommen, sei transparent und besitze eine solide Geschäftspolitik. Die BLKB werde ihre

Geschäftspolitik beibehalten. In der Politik finde dagegen momentan ein Wettlauf statt, wer am schnellsten die neusten und umfassendsten Regulierungen auf den Markt bringe. Es sei wohl aber der falsche Zeitpunkt, nun überstürzt und vorschnell zu handeln. Mehr Regulierung habe einen Einfluss auf die Wettbewerbsfähigkeit: Eine höhere Regulierungsdichte bedeute auch höhere Kosten und könnte zu einem Verdrängungswettbewerb kleinerer Institute führen, was eine schlechte Entwicklung darstelle. Im Ausblick auf das Jahr 2009 sei der Trend, dass das Risiko für weniger Wachstum relativ stark ansteigen werde. Die BLKB wäre mit einem positiven Wachstum für das Jahr 2009 zufrieden, ein deutlicher Rückgang sei aber zu erwarten. Die weltweiten Märkte hängen sehr stark zusammen, ein Einbruch im globalen Markt werde seine Spuren auch im Schweizer Markt hinterlassen. In der Nordwestschweiz könne die Pharmaindustrie eine abfedernde Wirkung haben. Eine Reserviertheit seitens der Unternehmen sei spürbar, Investitionen würden zum Teil neu bewertet. Bei der BLKB gehe man davon aus, dass die momentanen Prognosen noch nach unten revidiert werden. Die BLKB selbst wird keine Kreditverknappung einleiten, sondern die Kreditpolitik konsequent weiterfahren. Drei Erhebungen der EBK und der SNB bestätigen ebenfalls, dass keine Kreditverknappung spürbar sei. Im Weiteren werde das Inlandgeschäft wieder interessant werden.

*i) Thomas Cueni, Geschäftsführer Interpharma*

Thomas Cueni erklärt, dass die Auf und Abs bei Pharmafirmen eher von deren Portfolio (neuen Produkten) als vom Markt abhängen würden. Die in der Region ansässigen Unternehmen fühlten sich hier sehr wohl und schätzten den guten Dialog zwischen Wirtschaft und Politik. Zum Begriff Life Sciences: heute ist damit weitgehend der Pharmabereich gemeint. Thomas Cueni betont stark den Punkt der Standortpflege - die hier ansässigen Unternehmen müssten sich hier wohl fühlen. Bei der Standortpolitik müsse der Aspekt der Wohnqualität mitberücksichtigt werden. Dann benötigten Neuansiedlungen auch Infrastruktur, z.B. im öffentlichen Verkehr. Wichtig ist im Weiteren die Bildung: Die gute Qualität der Baselbieter Schulen - insbesondere zu den öffentlichen Schulen solle Sorge getragen werden. Beim Bewilligungswesen sei für die Pharmaunternehmen wichtig, dass sie die benötigten Leute anstellen könnten und dies nicht an einer Arbeitsbewilligung scheitern dürfe.

*j) Urs Steiner, CEO EBL Elektra Baselland*

Urs Steiner legt dar, dass die künftige, mittel- bis langfristige Sicherstellung der Energieversorgung auch für den Standort Baselland als einer der wesentlichsten Schlüsselfaktoren betrachtet werden müsse. Anhand der heutigen Energiebilanz der Schweiz, der Entwicklung des Gesamtverbrauches und der Möglichkeiten zur Energiebeschaffung wird diese Aussage untermauert. Die bevorstehende Marktöffnung ab 2009 stelle dabei eine ebenso grosse zusätzliche Herausforderung dar, wie die Schliessung der Stromlücke beim Auslaufen der heutigen Atomkraft-Produktionsstätten. Preis- und Netzstabilität könnten nur erreicht werden, wenn - auch in der Schweiz - ausreichende Produktionskapazitäten, sprich Kraftwerke,

sichergestellt werden könnten. Seitens der Wirtschaft werde deshalb von der Politik klar flexibilisierte Rahmenbedingungen gefordert, damit Energieversorgungsunternehmen in der Region innovativ operieren könnten. Dabei sei die Energiestrategie des Baselländer Regierungsrates durchaus ein gangbarer Weg. Allerdings müsste auch die Politik der Sachlichkeit wieder mehr Raum einräumen als der Dogmatik. Nur dann könne die nationale und internationale Konkurrenzfähigkeit sichergestellt werden.

k) *Peter Stutz, Vizedirektor Planzer Transport AG*

Peter Stutz stellte abschliessend die Firma Planzer und die Logistikbranche in der Region vor. Das Unternehmen habe sich erst kürzlich für den Standort Baselland entschieden. Die Hintergründe und Motive dafür werden näher beleuchtet. Ausschlaggebend waren die Verfügbarkeit eines entsprechenden Areals, die Anbindung an einen direkten Autobahn- und Gleisanschluss, die Nähe zum Zentrum und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Die Skepsis der Politik gegenüber der Logistikbranche war allerdings anfangs ein grosser Hemmschuh für die rasche Realisierung des Neubauprojektes. Im Dialog mit den Behörden konnte das nötige Vertrauen aber aufgebaut werden. Mittlerweile stünden schon wieder weitere Ausbauprojekte im Vordergrund. Auf Nachfrage erläutert Peter Stutz spezifische Aspekte des Modalsplitts zwischen Strasse und Schiene im Güterverkehr, die in der Branche fortschrittlichen Arbeitsbedingungen seiner Firma und die grosse Bedeutung der Lehrlingsausbildung.

– **Beratung**

Eintreten auf die Vorlage war unbestritten.

Insgesamt werden die Vorlage, die Situationsanalyse und der regierungsrätliche Bericht, als gute Grundlage für die wirtschaftspolitische Ausrichtung des Kantons Baselland bewertet. Erfreulich ist der momentan gute wirtschaftliche Zustand, in dem sich unser Kanton im Moment befindet. Ein Resultat, das der Regierung auch ein gutes Zeugnis für ihre bisherige Arbeit ausstellt.

Im Rahmen der Beratung wurden dennoch kritische Bemerkungen zum Bericht und der daraus abgeleiteten Massnahmenplanung des Regierungsrates geäussert. Zwar wird anerkannt, dass die Wirtschaftspolitik, insbesondere auf kantonaler Ebene, eine Querschnittsfunktion inne hat. Gerade deshalb seien ja auch die Controlling- und Steuerungsmechanismen sehr komplex. Dass es dem Kanton Baselland im Moment zwar gut gehe, sei zwar schön, aber - gerade im Hinblick auf Finanzkrise und bevorstehende Konjunkturzyklen - nicht als automatisch stabiler Zustand zu betrachten. Vermisst wurde zudem eine Ergänzung des Berichts um Aspekte des Branchenbereichs Gesundheitswesen, der in der Region am wachsen sei.

Die extern in Auftrag gegebene Studie dokumentiere zudem klaren politischen Handlungsbedarf bezüglich

- der Diversifikation der Wirtschaftsstrukturen
- der regional unterschiedlichen Wirtschaftsentwicklung
- der Sicherstellung der Standortattraktivität
- insbesondere im Bereich der Steuern.

In den Anhörungen haben sich zusätzlich

- die Bestandespflege,
- die Stärkung der (Berufs-) Bildung,
- die Entlastung der Wirtschaft von administrativen Hürden,
- die Sicherstellung und der Ausbau der Erreichbarkeit,
- eine Flexibilisierung der Raumplanung zur Ermöglichung einer wirtschaftlichen Entwicklung auch in der Peripherie,
- wie auch die verstärkte Interessenvertretung des Kantons in Bundesbern,

als wesentliche Handlungsfelder bzw. Erwartungen der Wirtschaft an die Politik heraus kristallisiert.

In Anbetracht der sich seit der Veröffentlichung des Regierungsberichtes markant wandelnden Weltmärkte und Wirtschaftsprognosen, scheint es fast, dass der Regierungsrat beim Verfassen der Vorlage noch nicht ins Auge gefasst hatte, dass in Zukunft noch steinigere Wege vor uns liegen könnten. In der veränderten Situation erwartet die Kommission von der Regierung eine dezidierte und konkretere, vor allem zukunftsgerichtete Ausrichtung des Wirtschaftsberichtes mit einer fassbaren Strategie und eine konkretere Massnahmenplanung.

---

#### 4. Antrag

Die Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission beantragt dem Landrat einstimmig, den Anträgen 1 bis 5 und mit 7:3 Stimmen bei einer Enthaltung Antrag 6 (Vorlage 2008/178) Folge zu leisten.

Liestal, 19. November 2008

*Im Namen der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission*

*Der Präsident:  
Thomas de Courten*

---